



Kiel, 25. Oktober 2018  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1143  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 988 610 1180  
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzbericht

über die 42. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 24. Oktober 2018, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

### 1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/564](#)

Änderungsantrag der Fraktion der AfD

[Umdruck 19/1345](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/1475](#)

Der Innen- und Rechtsausschuss schloss seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung ab. Gegen die Stimme der AfD wurde der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, [Umdruck 19/1345](#), abgelehnt. Der Ausschuss nahm nach einer Aussprache, nachdem die einzelnen Änderungsvorschläge der Regierungskoalition und des SSW in gesonderten Abstimmungen mehrheitlich Zustimmung gefunden hatten, den Änderungsantrag, [Umdruck 19/1475](#), einstimmig an. Ebenfalls einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf zur Änderung der Landesbauordnung, [Drucksache 19/564](#), in so geänderter Fassung anzunehmen.

### 2. Entscheidung über die Zulässigkeit der „Volksinitiative zum Schutz des Wassers“

[Umdruck 19/1387](#)

hierzu: [Umdrucke 19/1360](#), [19/1386](#), [19/1424](#), [19/1469](#)

Nach einer ausführlichen Aussprache empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und des SSW, der Zulässigkeit der Volksinitiative nicht insgesamt zuzustimmen. Einstimmig empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag die Teilzulassung der Volksinitiative entsprechend dem Vorschlag der Vertrauenspersonen in [Umdruck 19/1469](#). Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, zur Begründung der teilweisen Ablehnung der Zulässigkeit der Volksinitiative die Formulierung des dritten Absatzes auf Seite 52 des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes, [Umdruck 19/1360](#), mit der Maßgabe zu übernehmen, die Worte „Wissenschaftlichen Dienstes“ durch das Wort „Landtages“ zu ersetzen.

**3. Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung von Verfassungsbeschwerden**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/719](#)

Der Ausschuss kam nach einer Aussprache überein, die weitere Beratung der Vorlage zu vertagen.

**4. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz und zur Sicherung von Wohnraum**

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/721](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1143](#) (neu)

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und des SSW beschloss der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1143](#) (neu), abzulehnen und dem Landtag den Gesetzentwurf zum Schutz und zur Sicherung von Wohnraum, [Drucksache 19/721](#), zur Ablehnung zu empfehlen.

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/746](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/790](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1455](#)

Der Ausschuss sprach mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD und des SSW bei Enthaltung der AfD die Empfehlung an den federführenden Finanzausschuss aus, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1455](#), abzulehnen. Die Ausschussmitglieder empfahlen dem Finanzausschuss außerdem gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/790](#), zur Ablehnung sowie - mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen, der AfD und des SSW gegen die Stimmen der SPD - den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften, [Drucksache 19/746](#), zur Annahme zu empfehlen.

**6. Entwurf eines Gesetzes über den Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/939](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/1474](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 19/939](#), unter Einbeziehung des Änderungsantrags der Fraktion der SPD, [Umdruck 19/1474](#), eine schriftliche Anhörung mit Fristsetzung bis 7. Dezember 2018 durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis 7. November 2018 zu benennen.

**7. Geschlechtliche Selbstbestimmung für alle Menschen verwirklichen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/929](#)

**Verwirklichung der menschlichen Selbstbestimmung umsetzen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/976](#)

Einstimmig beschloss der Ausschuss, das weitere Verfahren des mitberatenden Sozialausschusses abzuwarten.

**8. Klare Regeln für Vermietung von Ferienunterkünften über Buchungsportale**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/930](#)

**Fairer Wettbewerb bei der Vermietung von Ferienunterkünften**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/979](#)

Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, sich dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses anzuschließen.

**9. Verschiedenes**

- a) Der Ausschuss kam überein, die bereits beschlossene mündliche Anhörung zu [Drucksache 19/896](#) - eSport auch in Schleswig-Holstein fördern - im Januar 2019 durchzuführen. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis 30. November 2018 zu benennen.
- b) Die Ausschussmitglieder bekräftigten ihr Vorhaben einer Ausschussreise im zeitlichen Zusammenhang mit der für den 12. Juni 2019 geplanten Ausschusssitzung und fassten als mögliches Reiseziel eines der baltischen Länder oder Dänemark ins Auge.

Schluss: 15:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder